

Ach du dickes Ei - neulich waren's doch noch drei!

## Wir machen weiter!

### Ehrenamt als Verpflichtung und Gestaltungsmöglichkeit

Mit Unverständnis haben wir den Rücktritt der Fraktionen der Wählergemeinschaft und der CDU zur Kenntnis genommen. Die genannten Gründe und die haltlose Kritik an unserem Bürgermeister Klaus Langer sind aus Sicht der grünen Fraktion nicht nachvollziehbar.

Der Zeitpunkt des Rücktritts scheint indes bewusst gewählt, denn unsere Gemeinde steht vor wichtigen und leider auch unbequemen Entscheidungen, für die man Mut braucht. Die defizitäre Haushaltslage unserer Gemeinde verlangt nach Maßnahmen, die die Grünen schon vor Jahren angesprochen hatten, die aber von den damals führenden Fraktionen aus

Angst vor der Reaktion der Bürgerinnen und Bürger und einem möglichen Stimmenverlust bei der nächsten Wahl wieder begraben wurden.

Die Grünen stellen sich den Herausforderungen. Wir werden vor dem Auftrag, den unsere Wählerinnen und Wähler uns mit ihrem eindeutigen Votum gegeben haben, nicht weglau-  
fen. Wir nehmen unsere politische Verantwortung, unsere Gemeinde in eine sichere Zukunft zu führen, auch weiterhin wahr und werden dabei die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde berücksichtigen, wie wir es auch in der Vergangenheit immer getan haben.



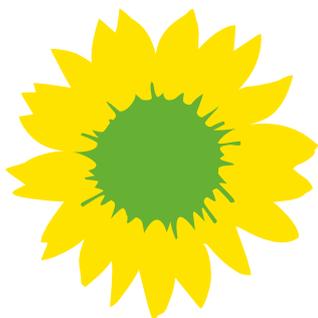


## Warum wir jetzt allein die Finanzpolitik in Quarnbek machen werden, sollen oder müssen ... ein Erklärungsversuch

Die Stimmung zwischen uns Grünen und den Kollegen von der WIR und der CDU war nicht erst in diesem Februar auf einem Tiefpunkt. Schon länger knirschte und knackte es und lief nicht rund, in manchen Ausschüssen nicht und in der Gemeindevertretung erst recht nicht. Vielleicht erinnert sich jemand an das mit „Zeichen setzen wollen“ begründete Platzenlassen der Gemeindevertretung im Herbst, Premiere in Quarnbek und uns immer noch nicht recht verständlich. Unsere Frage nach dem „warum“ wurde nur schwammig beantwortet, vor allem wurde uns die öffentliche Kommentierung übel genommen.

Im späteren Herbst schien sich alles wieder etwas zu normalisieren, zahlreiche Ausschüsse tagten und brachten ihre Haushaltsansätze auf den Weg in den Finanzausschuss, der Anfang Dezember tagte. Bei dieser Sitzung wurde uns allen verdeutlicht, dass es um unseren Haushalt nicht gerade rosig aussieht. Wir werden wahrscheinlich in 2016 einen Kredit aufnehmen müssen, um alle unsere Aufgaben zu „wuppen“. Für alle, die sich schon länger mit unseren Finanzen beschäftigen, keine wirklich große Überraschung. Bei jeder Haushaltsplanung legt das Amt einen Ausblick auf die nächsten Jahre vor, und der sagte in 2014 und 2015 die Lage für 2016 einigermaßen genau voraus. Wir waren uns darüber einig, dass die Ausschüsse nicht verschwenderisch an die Mittelanmeldung gegangen waren. Wir fanden noch ein paar kleine und einige größere Ausgabenposten, die wir aus dem Haushaltsentwurf für 2016 streichen konnten und haben dann – niemand ohne Bauchschmerzen – der Gemeindevertretung empfohlen, die Grundsteuersätze sowie die Gewerbesteuer auf die zur Beantragung von Fehlbedarfszuweisungen nötige Höhe anzuheben. Diese Empfehlung wurde mit 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung von der WIR ausgesprochen. Der Haushaltsentwurf wurde dann der Gemeindevertretung zur Zustimmung empfohlen, mit 4 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen der wir.

Bei der Gemeindevertretung Mitte Dezember sollte dann dieser Haushalt, wie vom Ausschuss empfohlen, beschlossen werden. Der Finanzausschussvorsitzende Dirk Schacht (CDU) bat zu Beginn der Sitzung, vor dem Beschluss über den Haushalt zunächst über die Anhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer abzustimmen. Nach kurzer Diskussion über die Gleichbehandlung der Grundsteuern A und B und Anhebung auf 390% hat die Gemeindevertretung mit 8 mal Ja, darunter die sechs anwesenden grünen Stimmen, 2 mal Nein und 2 Enthaltungen diese Anhebung angenommen.



Danach ging es dann um den Haushalt 2016, Dirk Schacht berichtete über die schlechte Lage und das zu erwartende Defizite und wies auch darauf hin, dass wir auf einen sehr großen Teil der Gemeindeausgaben schlicht und einfach überhaupt keinen Einfluss haben. Bürgermeister Klaus Langer verdeutlichte dies noch einmal und machte klar, dass von den ca. 2,3 Mio. Euro Einnahmen nach Abzug der fest stehenden oder vertraglich vereinbarten Ausgaben von ca. 2,13 Mio. Euro noch knappe 170.000 Euro übrig bleiben, über die wir selbst verfügen dürfen. Damit müssen wir den Brandschutz, die Straßen-, Grünflächen-, Knick- und Wegeunterhaltung, die Straßenbeleuchtung, den Winterdienst, die Regenwasserbeseitigung, die Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung, die Jugendbetreuung, die Kostenbeteiligung an der Betreuten Grundschule und kleine Zuschüsse zu diversen Vereinen und Verbänden „stemmen“. Wie man aber bei diesem Budget, diesen Aufgaben und einem prognostizierten Defizit von guten 200.000 Euro durch Einsparungen zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen könnte, ist schon rätselhaft. Selbst wenn man keine dieser für alle wichtigen Aufgaben wahrnehmen würde, liefe man in ein Minus. Dennoch äußerten Vertreter der CDU und der WIR, dass man dem Haushalt so nicht zustimmen könne, sondern noch einmal eine „Spar-Runde“ in den Ausschüssen drehen müsse. Die von Bürgermeister Klaus Langer angeführte Möglichkeit einer Verfügungssperre wurde für nicht diskussionswürdig gehalten. Wir Grünen stimmten sechs mal mit Ja, die CDU und die WIR stimmten sechs mal mit Nein. Mit dieser Stimmengleichheit war dann die Zustimmung nicht erteilt, der Haushaltsplan 2016 also abgelehnt.

### Premiere in Quarnbek: Ohne Haushalt ins neue Jahr

Damit sind wir dann 2016 ohne beschlossenen Haushalt gestartet, was erhebliche Konsequenzen für die tägliche Arbeit in der Gemeinde hatte. Jedes Büromaterial, Kopierpapier oder ähnliches für die Schule, Kleinmaterialien für den Kindergarten, Tankfüllungen für die Feuerwehr und den Bauhof, auch jede Beschaffung von Toilettenpapier und Putzmittel für Schule und Kindergarten musste einzeln vom Bürgermeister beantragt, begründet und als unaufschiebbar bezeichnet werden, damit das Amt dann seine Zustimmung zur Beschaffung geben konnte. Ein erster Schritt aus dieser Misere wurde auf einer eilig einberufenen Finanzausschuss-Sitzung Anfang Januar eingeleitet. Man gab hier einstimmig die Empfehlung an die Gemeindevertretung, dem Haushalt in der vorliegenden Form doch zuzustimmen, mit der von Klaus Langer schon im Dezember angeregten Verfügungssperre von 50%. Hätte man einfacher haben können.

Mitte Januar haben wir Grünen dann – wieder öffentlich – die Fraktionen der WIR und der CDU gefragt, wo sie denn nun entscheidend sparen wollten und ob dieser ganze Aufwand sich denn nun wirklich gelohnt habe. Eine Antwort haben wir nicht bekommen, statt dessen war man über diese Frage empört. Auf der Gemeindevertretung Ende Januar wurde dann dieser Haushalt mit 50%-Verfügungssperre einstimmig beschlossen, ebenso wie andere Maßnahmen zur Haushaltsanierung. Grund zur Aufregung gab es an diesem Abend nur, weil wir Grünen es gewagt haben, angesichts vorangegangener Erhöhungen die KiTa-Gebühren - zumindest bis

zum August - nur um 10% anzuheben statt um 20%, wie vom Sozialausschuss empfohlen. Unsere beiden Gemeindevertreter hatten sich bei der Abstimmung im Ausschuss übrigen enthalten.

Am 19.02.2016 wurde die gesamte Gemeinde dann von der Nachricht überrascht, dass sämtliche Gemeindevertreter der WIR und der CDU und alle potentiellen Nachrücker mit einer gemeinsamen Erklärung zurückgetreten sind. Die CDU und die WIR haben sich also für die nächsten beiden Jahre komplett aus der Gemeindeführung verabschiedet. Wem dieses Verhalten nutzen soll, ist uns nach wie vor schleierhaft und die Erklärung der Rücktritte ist mehr als dürftig.

Wir, die Quarnbeker Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellen uns den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen. Wir werden vor dem Auftrag, den unsere Wählerinnen und Wähler uns mit ihrem eindeutigen Votum gegeben haben, nicht weglafen. Wir nehmen unsere politische Verantwortung, unsere Gemeinde in eine sichere Zukunft zu führen, auch weiterhin wahr und werden dabei die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde berücksichtigen, wie wir es auch in der Vergangenheit immer getan haben.

Johann Schirren



Fraktion Bündnis90/die Grünen: Thomas Stampa, Ingrid Wendel, Frank Stephan, Cedric Boudin, Fraktionssprecher Johann Schirren, Bürgermeister Klaus Langer, Carsten Bock

## Kindergarten-Gebühren

Trotz defizitärer Haushaltslage haben die Grünen Gemeindevertreter bei den Beratungen im Sozialausschuss einer Erhöhung der Kindergartengebühren um 20% nicht zugestimmt. Auch in der Gemeindevertretung wollten die Grünen der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses nicht nachkommen. Statt dessen kam von der Grünen-Fraktion der Alternativvorschlag nur um 10% zu erhöhen, wegen der bereits erfolgten 7%igen Erhöhung in diesem Kindergartenjahr. Dies wurde dann auch mehrheitlich so beschlossen.

Das Land Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren schleichend von der Drittelregelung (Kostenaufteilung 1/3 Land, 1/3 Gemeinde, 1/3 Eltern) verabschiedet. Eltern haben sich aber darauf verlassen, dass sie einen bedarfsgerechten

und bezahlbaren Kindergarten vor Ort haben, bevor sie hierher zogen oder sich für Kinder und Beruf entschieden.



Ihnen nach dieser Entscheidung plötzlich deutlich teurere Gebühren aufzuerlegen hat mit sozialer Fürsorgepflicht und Verlässlichkeit im stets so gelobten Sozialstaat nichts zu tun. Quarnbek braucht Kinder, die sich hier auch wohl fühlen, und Quarnbek nimmt auch gerne den Einkommensteueranteil der Eltern, die beide ihrer Berufstätigkeit nachgehen können, weil sie ihre Kinder hier gut betreut wissen. Nebenbei bemerkt erhöht sich auch der Rentenversicherungsanteil, der für unsere derzeitigen Renten sorgt, wenn beide Elternteile berufstätig sein können.

Einen Kindergarten wird man genauso wenig wie eine Grundschule nach kaufmännischen Gesichtspunkten führen können, es war und wird immer ein Zuschussgeschäft für die Allgemeinheit sein. Selbstverständlich sollen diese Einrichtungen so wirtschaftlich wie möglich betrieben werden, was Gruppenauslastung und Personalkosten betrifft.

In dem Moment wo die Schmerzgrenze für einen Teil unserer Bürger erreicht ist, sehen wir die Solidargemeinschaft in der Pflicht. Es nützt nichts, wenn Quarnbek sich kaputt spart und nach der Haushaltssanierung nicht mehr lebenswert ist. Nur ein attraktiver Ort, der im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden besteht, kann Wohlstand und Zufriedenheit für alle bieten!

Zum Vergleich: In Hamburg werden Kindergarten- und Krippenplätze vom ersten Lebensjahr bis zur Schule für eine 5-Stunden-Betreuung inklusive Mittagessen vom Steuerzahler übernommen. Auch in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern gibt es weitere Vergünstigungen. In Schleswig-Holstein ist das Thema zumindest im Gespräch und auch in der Kritik vieler Gemeinden, sodass wir hoffen können, dass auch hier die Eltern demnächst entlastet werden. Spätestens wenn das der Fall ist, können wir guten Gewissens auch die Beiträge dem gesetzlich empfohlenen Maß anpassen.

Ingrid Wendel

## Hundesteuer

Die schwierige Haushaltslage in unserer Gemeinde hat in diesem Jahr auch die Quarnbeker HundehalterInnen



getroffen. Mit dem Votum aller Parteien wurde die Empfehlung des Finanzausschusses, die Hundesteuer auf 120 Euro für den ersten Hund und 150 Euro für jeden weiteren Hund zu erhöhen, in der Gemeindevertretung beschlossen.

Die Entscheidung für die Erhöhung ist von unseren Gemeindevertretern nicht beliebig gewählt worden. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat im August letzten Jahres als Teil einer Liste von Mindestanforderungen zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbedarfszuweisungen die Höhe der Hundesteuer von 120 Euro vorgegeben. Wie für viele andere Kommunen auch bedeutet dies für uns in Quarnbek, dass wir in diesen sauren Apfel beißen müssen, damit wir als Gemeinde das Recht haben, Fehlbedarfszuweisungen in Anspruch nehmen zu können. Dieses Mittel soll Gemeinden mit geringen Einnahmen z. B. aus Gewerbesteuern und hohen Ausgaben z. B. für Kinderbetreuung und Bildung unterstützen. Das ist auch gut so.

Wir Grünen sind uns sicher, dass es weder machbar noch fair wäre, eine Haushaltskonsolidierung auf Kosten einzelner Gruppen zu erreichen. Darum gilt es, gerechte Lösungen zu finden um die Lebensqualität im schönen Quarnbek aufrecht zu erhalten.

Uschi Heinrich-Lederer

## Sparen um jeden Preis – nicht mit den Grünen!

Neoliberale Bundespolitik auf dem Rücken der Städte und Gemeinden

Die aktuelle Haushaltsmisere in Quarnbek ist kein Einzelfall und auch nicht "Schuld" der Gemeindevertreter und politischen Ortsverbände. Vereinfacht lässt sie sich auf die verpflichtende Einführung der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren zurückführen. Auch unsere Gemeinde musste bauen und mehr Personal einstellen.

Die U3-Kinderbetreuung ist ein Projekt aus rot-grünen Zeiten im Bund und ein Erfolgsmodell, sehen wir die Rekorde bei der Zahl der Erwerbstätigen und der Steuereinnahmen. Allerdings lässt die aktuelle konservative Steuerpolitik des Bundes die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben im Stich. Reihenweise stehen jetzt auch kleine Gemeinden wie Quarnbek mit dem Rücken zur Wand und werden von ihren Amtsverwaltungen wie Schulkinder behandelt, die sich ihr Taschengeld schlecht eingeteilt haben. Diesen Schuh ziehen wir Grünen uns nicht an. Unterstützungen in Form von Fehlbedarfszuweisungen sind für uns keine Almosen, sondern nur gerecht, damit die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir holen lediglich einen Teil der Steuern unserer Einwohner und Einwohnerinnen in die Gemeinde zurück.

Nur 10% der Deutschen besitzen schon über die Hälfte der Vermögen in Deutschland und die Schere geht immer weiter auf, nicht zuletzt weil die Vermögenssteuer abgeschafft wurde. Gerechte Steuervorschläge der Grünen zur letzten Bundestagswahl wurden durch konservative Medien vom privaten Dudelfunk-Regionalsender bis zur Welt aus dem Hause Springer dahingehend verdreht, dass die Spargroschen der großen Mehrheit geschöpft werden sollten. Das Wahlergebnis brachte uns eine Politik, die Banken mit Abermilliarden rettet und sich einen Dreck um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften regional, aber auch europaweit schert. Am Beispiel der Kitas: Superreiche pfeifen drauf, genau wie auf andere Elemente der Daseinsvorsorge. Schlecht bezahlte Nannies, Fahrer und Haushaltshilfen werden mit einem Bruchteil der eingesparten Vermögenssteuer ab gespeist, bis die Sprösslinge dann in Eliteinternate gegeben werden.

Frank Stephan

## In eigener Sache

Als die Grünen sich Ende der 80er Jahre mit dem GRÜNEN STACHEL an die BürgerInnen im Amt Achterwehr wandten, verstanden sie sich noch als Stachel im Fleisch der etablierten Parteien. Längst übernehmen die Grünen bundesweit Regierungsverantwortung, so auch hier in Quarnbek mit sieben Direktmandaten als stärkste und inzwischen einzige Fraktion. Dies spiegelt sich ab jetzt auch im Namen unseres Infoblattes wider.



## Quarnbeker GRÜN

Eine Veröffentlichung von Bündnis90/DieGrünen, Ortsverband Quarnbek.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Sabine Müller-Günther, Tel. 10 46, s.mue-gue@web.de  
Uschi Heinrich-Lederer, 499 008 heinrich-lederer@web.de  
Lena Höfer, Tel. 94 96, lena.dittmer@yahoo.de

## Aktuelle Infos auf [gruene-quarnbek.de](http://gruene-quarnbek.de)

Mit der Eintragung für den Newsletter bieten wir die Möglichkeit, neue Informationen per E-Mail zu erhalten.

hansadruck kiel

